

Enttäuschte Hoffnungen

Eine innen- und außenpolitische Bilanz der Regierungszeit WAHIDS

Monika Arnez

„Demokratie kann nur von Menschen gepflegt und kultiviert werden, die selbst mit den Inhalten der Demokratie vertraut sind. Deshalb hoffe ich, dass wir alle als indonesische Bürger dies verstehen werden und die Demokratie als elementaren Bestandteil unseres zukünftigen Lebens respektieren. Nur so können wir einen freien Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und gleiches Recht für alle Menschen, ohne Beachtung ihrer unterschiedlichen Abstammung, Sprache und Religion erreichen [...]. Wir müssen in Zukunft Angelpunkte für ein ruhiges sicheres Leben des indonesischen Volkes errichten.“

Mit dieser Betonung des Wertes der Demokratie sowie des Anliegens der Regierung, größere Sicherheit für das indonesische Volk zu schaffen, hatte sich ABDURRAHMAN WAHID, häufig GUS DUR genannt, am 20. Oktober 1999 in Jakarta im Gebäude des Volksvertretungsrats MPR als neuer Präsident Indonesiens eingeführt. Von internationaler Seite wurde der Machtwechsel nicht nur positiv aufgenommen, sondern sehr begrüßt. Sowohl die westlichen Regierungen als auch Menschenrechtsorganisationen in den USA befürworteten die Doppelspitze GUS DUR - MEGA. Man versprach sich von dem neuen Präsidentenduo eine Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses und eine moderate Islampolitik. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen in den USA, Australien und Europa hatten den vierten Präsidenten der indonesischen Republik schon direkt nach seinem Amtsantritt als „Kämpfer für die Menschenrechte und toleranten Muslimführer“ gelobt. Auch innerhalb Indonesiens zeichnete sich eine generelle Befürwortung des Machtwechsels ab. Es herrschte der Glaube vor, WAHID könne zwischen den bestehenden politischen Fraktionen der Reformen und der Reaktionen einerseits sowie den religiösen Fronten wie z.B. der orthodoxen Muslime und religiöser Minderheiten andererseits vermitteln.

Eine Frage der Integrität

Im Gegensatz zu Ex-Präsident SOEHARTO war sich die Bevölkerung mit der Wahl

WAHIDS relativ sicher, eine integre Persönlichkeit als Staatschef gewonnen zu haben. Dies wurde als großer Vorzug gesehen, da man sich erhoffte, dass WAHID mit großen Schritten gegen KVN (Korruption, Vetternwirtschaft und Nepotismus) vorgehen werde. Doch der Glaube an den Reformgeist des Präsidenten geriet spätestens Mitte 2000 durch seinen Umgang mit dem Fall SOEHARTO ins Wanken. WAHID kündigte an, er werde SOEHARTO, dem man vorwarf, Millionen an Staatsgeldern unterschlagen zu haben, begnadigen, noch bevor das Gericht eine Entscheidung treffen konnte, da SOEHARTO nicht zu den Gerichtsverhandlungen erschien. In der Öffentlichkeit machte sich die Unzufriedenheit mit WAHIDS Schwäche gegenüber den Kräften der *Orde Baru* unverzüglich bemerkbar. So kommentierte beispielsweise der Politikwissenschaftler KUSNANTO ANGGORO am 27. Mai 2000: „Es ist natürlich wahr, dass GUS DUR zugestanden hat, er werde die Begnadigung erst nach der Gerichtsverhandlung aussprechen, aber wir sind enttäuscht, dass es offensichtlich noch immer Bemühungen seitens eines Präsidenten gibt, Recht und Ordnung zu behindern.“ Viele Indonesier, die man auf der Straße interviewte, unterstrichen die Unzufriedenheit mit der Politik GUS DURS: „Sehen Sie nur, die Prozesse gegen Leute, die in KKN verwickelt sind und zu den Mächtigen gehören, verlaufen einfach im Sand.“

WAHID selbst zeigte nicht nur kein besonderes Interesse an der Aufklärung von

Präsident Gus Dur



Quelle: Südostasien 1/2000. S. 63.

KKN, sondern er verwickelte sich zu Beginn 2001 auch selbst in zwei Korruptionsskandale, durch die er in der Öffentlichkeit immer mehr unter Druck geriet. Nicht zuletzt wegen dieser Vorwürfe wurde ein Amtsenthebungsverfahren gegen WAHID eingeleitet, und auch immer mehr Indonesier sprachen sich für seinen Rücktritt aus. Erstens ging es um eine Spende des Sultans von Brunei von über zwei Millionen US-Dollar für die Opfer des Bürgerkriegs in der nordwestlichen Provinz Aceh. Diese Spende wurde nie korrekt abgerechnet. Zweitens sollte WAHIDS persönlicher Masseur, der auch ein Ratgeber und Geschäftspartner WAHIDS war, von der Pensionskasse der staatlichen Nahrungsmittelagentur *Bulog* rund vier Millionen US-Dollar bezogen haben.

Obwohl WAHID seit diesen Skandalen stark in der Meinung der Bevölkerung gesunken ist und zahlreiche Indonesier ihrem Unmut in Demonstrationen Ausdruck verliehen, verfügt er noch über eine treue Anhängerschaft, die vorwiegend aus der islamischen Gruppierung *Nahdlatul Ulama* (NU) stammt, deren Vorsitz WAHID bis 1999 innehatte. Seit der ersten Februarwoche des Jahres 2001 verwüsteten diese Aktivisten Parteibüros der politischen Gegner des Regierungsoberhauptes in Ostjava und griffen lokale Parlamente an. WAHID verurteilt die verübte Gewalt seiner Anhänger keineswegs, sondern kommentiert lediglich: „Ich kann ihren Ärger verstehen.“ In dieser Aussage wird der Wunsch des Präsidenten nach einer Fortsetzung der Gewalt erkennbar. Denn diese würde für ihn vielleicht eine Möglichkeit bedeuten, sich trotz des eingeleiteten Amtsenthebungsverfahrens weiterhin an der Macht zu halten. In der Mobilisierung seiner Sympathisanten aus der NU sah WAHID seine Chance. Das Zentrum der Gruppierung, die laut Schätzungen über 30 Millionen Mitglieder verfügt, liegt in Ostjava. Einige ihrer militanteren Jugendverbände, besonders die paramilitärische „*Banser*“, haben bereits damit gedroht, die politischen Gegner ihres ehemaligen Führers zu töten und im Falle des Sturzes WAHIDS als Präsident, einen Bürgerkrieg zu beginnen.

Enttäuschte Erwartungen

Die indonesische Bevölkerung hatte sich zum Amtsantritt ihres neuen Präsidenten vor allem eine graduelle Stabilisierung der Wirtschaft, eine Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel und die Gewährleistung von mehr Sicherheit im Staat erhofft. Doch keiner dieser Punkte wurde während der bisherigen Amtszeit WAHIDS auch nur ansatzweise verwirklicht.

Separatistische Bestrebungen sowie ethnisch und religiös motivierte Gewalt in Aceh, West Papua und den Molukken

haben weiterhin zugenommen. Unzufriedenen zeigten sich die Indonesier beispielsweise mit dem inkonsequenten Kurs, den WAHID in Aceh verfolgte. Bisher hat der Präsident noch keine Entscheidung bezüglich der Frage getroffen, wie die Menschenrechtsverletzungen in Aceh gestoppt und die Folgen der DOM (*Daerah Operasi Militer*, militärischer Operationsbezirk), die von 1989 bis 1998 andauerte, eingedämmt werden können. Den Schlingerkurs WAHIDS kommentierte der muslimische Intellektuelle AZYUMARDI AZRA folgendermaßen: „In einem Moment hat der Präsident noch gesagt, warum sollte man Aceh kein Referendum zugestehen, wenn auch Osttimor ein Referendum bekommen hat. Aber jetzt ist plötzlich der Mantel des Schweigens über das Referendum gebreitet. An derartigen Beispielen sieht man die Inkonsequenz der Regierung“. Im Februar 2001 ist noch ein weiterer Brandherd zu den bisher existierenden hinzugekommen: Kalimantan. Speziell im letzteren Fall ist die Öffentlichkeit wegen der Trägheit WAHIDS enttäuscht. Die Ureinwohner Kalimantans, Angehörige der *Dayak*, hatten am 18. Februar 2001 in Sampit damit begonnen, maduresische Zuwanderer systematisch zu vertreiben und zu ermorden.

Immer wieder wurde berichtet, dass die Soldaten, welche zu Beginn der Übergriffe nach Kalimantan geschickt wurden, die *Dayak* gewähren ließen, ohne einzugreifen. Die Mehrheit von ihnen soll meistens nur zugeschaut oder sogar Karten gespielt haben. Erst eine Woche nach dem Einsetzen der Gewalt hat sich Präsident ABDURRAHMAN WAHID dazu durchgerungen, die militärische Eliteeinheit *Kopassus* ins Krisengebiet zu schicken. Die späte Intervention des Präsidenten wurde besonders auf nationaler Ebene heftig kritisiert; man warf ihm vor, die Übergriffe in Kalimantan nicht ernst genug genommen zu haben. Als von den ersten Übergriffen auf Maduresen berichtet wurde, beschönigte WAHID die

Vorfälle noch und konstatierte, die Presse habe das Ausmaß der Gewalt übertrieben - so schlimm sei das doch eigentlich nicht. Ein derartiges Verhalten dürfte dem Präsidenten weder die Gunst des Volkes zurückbringen noch die ohnehin angeschlagene Regierung stärken.

Die Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik hat sich GUSDUR auch nicht gerade profiliert. Sein Ziel, möglichst viele Investoren von Indonesien als zukunftsweisendem, profitablen und für Industrien attraktiven Standort zu überzeugen, erreichte er bisher kaum. Mehrere Gründe sind hierfür verantwortlich. Erstens ist es schwierig, außenpolitisch sinnvoll zu agieren, wenn die vorherrschende ökonomische Situation innerhalb des Archipels, der nach wie vor hauptsächlich auf finanzielle Mittel aus dem Ausland angewiesen ist, als wenig vertrauenswürdig anzusehen ist. Hinzu kommt der internationale Druck auf Indonesien, seine Menschenrechtsprobleme zu lösen. Zweitens traut man es jedoch auch WAHID selbst nicht zu, das Vertrauen der ausländischen Investoren zu gewinnen. Dies wird einerseits auf seine schwache physische Konstitution zurückgeführt, aufgrund derer WAHID ohnehin ermüdende Auslandsreisen wesentlich schlechter verkraftet als die meisten seiner Gesprächspartner und sich folglich in einer ungünstigen Verhandlungsposition befindet. So machen politische Beobachter wie FATURRAHMAN, nicht zuletzt WAHIDS geschwächten Körper für seinen Misserfolg in außenpolitischen Fragen verantwortlich: „Physische Schwäche führt vor allem zu geistiger Schwäche, und dies wird natürlich von diplomatischen Gegnern ausgenutzt.“ Die Häufigkeit sowie der Zeitpunkt der Auslandsreisen wurde ebenfalls heftig kritisiert, da WAHID nach Meinung der Bevölkerung somit zu umgehen versuche, die nationalen Probleme zu lösen.

Ferner macht sich die Regierung durch

ihr übersteigertes Misstrauen gegenüber den USA und Australien unbeliebt. Ein Kritiker bemängelt vor allem die seiner Auffassung nach übertriebene Angst vor von den USA ausgehenden Verschwörungen: „Die politische Elite stellt Indonesien so dar, als ob der Archipel so übermächtig wäre, dass Staaten wie die USA Angst bekämen und Indonesien vernichten wollen. Das kommt mir paranoid vor. Die ständige Furcht vor internationalen Komplotten beruht aber vielleicht eher auf mangelndem Selbstbewusstsein der politischen Elite, die ihre eigene Schwäche nicht zugeben kann“. Überschattet sind seit der Regierungszeit WAHIDS ebenfalls die Beziehungen zu Australien. Unzufrieden hatte sich insbesondere die indonesische Regierung gezeigt, als Australien sich während der Unruhen in Osttimor mit der Entsendung von Truppen in das Krisengebiet, welche die indonesischen Milizen an der Ermordung der Einheimischen Osttimors hindern sollten, in ihre „Angelegenheiten eingemischt hatte“.

Auch im Umgang mit Singapur zeigte sich WAHIDS Schwäche in der Außenpolitik besonders deutlich. Ende November des Jahres 2000 sagte er anlässlich eines Gipfeltreffens in Singapur, das Gastland habe bisher lediglich versucht, Indonesien für seine Interessen auszunut-

zen und habe im Zuge dessen Jakarta manipuliert. Er drohte sogar damit, gemeinsam mit Malaysia dafür zu sorgen, dass Singapur zumindest kurzfristig von der Wasserversorgung abgeschnitten werde, um dem Inselstaat einmal wirklich „eine Lektion zu erteilen“. WAHID äußerte später gegenüber der Presse, er sei besonders aus dem Grund verärgert gewesen, da es Singapur anscheinend vorziehe, mit anderen asiatischen Staaten wie China und Japan zu kooperieren und dabei Indonesien völlig außer acht zu lassen. Er unterstellte dem Inselstaat ebenfalls Rassismus, indem er sagte, Singapur verachte Menschen malaiischer Abstammung grundsätzlich. Das an diesem Beispiel illustrierte diplomatische Ungeschick WAHIDS wird sicherlich nicht zu einer Verbesserung der Auslandskontakte Indonesiens beitragen können.

In diesem Zusammenhang wird auch von vielen kritisiert, dass die Regierung ihre Bemühungen nicht genügend darauf richtet, in den asiatischen Markt einzusteigen, um somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln. WAHID hat selbst bereits die Bedeutung des asiatischen Marktes, insbesondere Chinas und Koreas erkannt, verhandelt nun jedoch nicht über mögliche Handelsverträge. Korea ist für Indonesien als wichtig ein-

zustufen, da der koreanische Staat im industriellen Sektor technisch gut ausgestattet ist. Das technische Know-how könnte Indonesien für die Errichtung neuer, moderner Industrien sinnvoll nutzen. Im Hinblick auf China würde es sich anbieten, an den Staat Nahrungsmittel zu verkaufen und im Gegenzug technische Kleinteile und Werkzeuge aus China zu erwerben.

Fazit

Insgesamt lässt sich eine große Unzufriedenheit und Enttäuschung des Volkes mit der Handhabung der Politik und Ökonomie feststellen. Betrachtet man die neuesten Meldungen zu Indonesien, so wird immer heftiger gegen die Regierung WAHIDS protestiert. Tausende Studenten und andere Bevölkerungsgruppen fordern seit Beginn des Jahres 2001 den Rücktritt WAHIDS, weil der Kurs der Rupie immer mehr an Wert verliert und keine Entspannung der ökonomischen Krise in Sicht ist. Da die Öffentlichkeit den indonesischen Präsidenten in physischer und psychischer Hinsicht als mit seiner Aufgabe überfordert einstuft und ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringt, kann man davon ausgehen, dass seine Tage als Regierungsoberhaupt gezählt sind.

Monika Arnez [monika_arnez@yahoo.de] hat an der Universität Köln Malaiologie, Anglistik und Ethnologie studiert und arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zum Thema „Reflexion politischer Gewalt in indonesischen Dichtungen von 1945 bis zur Gegenwart“.

Buchtipps

Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000

Der Artikel von Monika Arnez ist in einer ausführlicheren Version in dem Sammelband „Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000“, herausgegeben von Patrick Ziegenhain/Südostasien Informationsstelle, ISBN-Nummer: 3-933341-08-6, veröffentlicht worden.

Dieser aktuelle und informative Reader mit über 30 Beiträgen zur politischen Entwicklungen in Indonesien ist im Juni 2001 erschienen.

Bestellungen richten Sie bitte an die Südostasien Informationsstelle, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201-83.03.818, E-Mail: soainfo@asienhaus.de.

